

## Der „Global Compact for Migration“ – der UN-Migrationspakt

### M1 Hintergrundinformationen

- 1 2016 verabschiedeten 192 von 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, ausgenommen der USA, die „New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten“<sup>1</sup>. Ziel war es, die weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen besser zu bewältigen. Der „Global Compact for Migration“, der „globale Pakt für sichere, geordnete und geregelte Migration“<sup>2</sup> der Vereinten Nationen, kurz UN-Migrationspakt, soll auf die Erklärung aufbauen, beinhaltet 23 Punkte und soll bei einer Konferenz in Marrakesch am 10. und 11. Dezember 2018 offiziell unterzeichnet werden. Nach den USA haben auch andere Länder Zurückhaltung signalisiert oder bekannt gegeben, dass sie nicht unterschreiben werden. Die EU wird den Pakt nicht gemeinsam unterstützen: Bulgarien, Dänemark, Italien, Kroatien, die Niederlande, Österreich, Polen, Schweden, die Schweiz, Slowenien, Tschechien und Ungarn distanzieren sich, außerhalb Europas sind es Australien, China, Israel, Japan, Kanada und Südkorea.
- 5 Die Abgeordneten der populistischen SVP machen sich in der Schweiz gegen den Pakt stark. Der österreichische Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und sein Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) erklärten am 31. Oktober 2018, dass Österreich den UN-Migrationspakt nicht unterzeichnen werde. Als Grund nannten sie die Sorge, dass ihr Land nicht mehr selbst bestimmen könne, wer einreisen dürfe.
- 10 Einige Juristen sind der Meinung, die Leitlinien seien rechtlich nicht bindend, dem widersprechen aber andere. Das Ziel des Paktes soll eine bessere internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik sein, zudem sollen Standards im Umgang mit Flüchtlingen festgelegt werden. Kritiker, vor allem die AfD sind der Meinung, durch das Abkommen werde die Migration gefördert. Österreich hat konkret Stellung gegen den Pakt eingenommen, wird nicht unterschreiben, obwohl das Land im zweiten Halbjahr des Jahres 2018 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union, kurz Ratspräsidentschaft genannt, hat und eine koordinierende Rolle zwischen den verschiedenen Ratsformationen einnehmen und vermitteln sollte. Viele Mitglieder des EU-Parlaments kritisieren diese Haltung<sup>3</sup>.
- 25 Der UN-Migrationspakt will die Einwanderung erleichtern, zum Beispiel durch eine liberalere Visavergabe und durch verschiedene Informationsangebote. Die rechtliche Stellung von Migranten soll verbessert werden, etwa durch den „sicheren Zugang zu Grundleistungen“. Zu diesen zählen die Bildung, Gesundheits- und Sozialleistungen des Ziellandes sowie juristische Beratung / Unterstützung und die erleichterte Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Die Länder, die Flüchtlinge aufnehmen, verpflichten sich zur Achtung der Menschenrechte von Migranten, insbesondere Frauen und Kindern<sup>4</sup> und zu ihrer Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt<sup>5</sup>. Es sollen „alle Formen der Diskriminierung, einschließlich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, gegenüber Migranten und ihren Familien“ beseitigt werden<sup>6</sup>. Als weitere Ziele stehen die „Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, und des Zusatzprotokolls gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg;“ im Pakt. Migranten sollen gerettet werden, es soll verstärkt Hilfe für die Herkunftsländer geben, zudem soll der Klimawandel bekämpft werden.<sup>7</sup>
- 30 Nach dem Bekanntwerden des UN-Migrationspaktes wurde der Streit immer größer. In Deutschland hatte sich bis November vor allem die AfD, aber auch Mitglieder anderer Parteien gegen das Vorhaben gestellt. Mitte November stimmte u.a. die Leipziger CDU mit großer Mehrheit dafür, dass die Bundesregierung den UN-Migrationspakt ablehnen solle<sup>8</sup>. Gegner sind der Meinung, es werde zu wenig informiert und diskutiert, welche Vorteile und ev. Nachteile der Pakt für Deutschland bringe. Er gebe Anreize für Migration und die Meinungsfreiheit werde durch diesen Passus eingeschränkt, da es Möglichkeiten gebe, die Medien zu sanktionieren:
- 35 *„Medien, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern“, solle „die öffentliche Finanzierung oder materielle Unterstützung entzogen werden [...]“*<sup>9</sup>
- 50

Befürworter sind der Meinung, es würden Lügen verbreitet. Für Kritik sorgte die Haltung der Bundesregierung, da diese verweigerte, die in den sechs Verhandlungsrunden eingegangenen Kompromisse offenzulegen. Fürsprecher des Paktes sind der Überzeugung, dass der Pakt Migration vermindere, die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer zum Beispiel meint, der Pakt biete „rechtlich unverbindlich eine Grundlage für Vereinbarungen zwischen Herkunftsländern und Zielländern, damit Migration erst gar nicht entsteht“, der Pakt sei „für Länder wie Deutschland eher positiv als negativ.“ Volker Schimpff, ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter, äußerte hingegen seine Bedenken: *„Wir haben Meinungsfreiheit, Medienfreiheit, Pressefreiheit – und auf einmal wird in den Vertrag geschrieben, in welche Richtung zu berichten ist, in welche Richtung zu kommentieren ist und welche Meinungen zu vertreten sind.“*<sup>10</sup>

<sup>1</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/un-beschliessen-migrationspakt-bis-auf-usa-100.html> (16.11.2018)

<sup>2</sup> Der Originaltext in deutscher Sprache ist abrufbar unter <http://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf>

<sup>3</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/keine-gemeinsame-linie-die-eu-und-der-un-migrationspakt.795.de.html?dram:article\\_id=432315](https://www.deutschlandfunk.de/keine-gemeinsame-linie-die-eu-und-der-un-migrationspakt.795.de.html?dram:article_id=432315)

<sup>4</sup> <http://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf>, S. 2 und 4 (16.11.2018)

<sup>5</sup> A.a.O., S. 22f..

<sup>6</sup> A.a.O., S. 5.

<sup>7</sup> A.a.O., S. 2.

<sup>8</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/leipziger-cdu-macht-mobil-gegen-un-migrationspakt-100.html> (16.11.2018)

<sup>9</sup> <http://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf>, S. 23 (16.11.2018)

<sup>10</sup> Die Welt, 10.11.2018, online abrufbar: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article183601424/Kramp-Karrenbauer-Der-Migrationspakt-ist-fuer-Deutschland-eher-positiv.html> (12.11.2018)

## **M2** Umfrage „Die Deutschen sind uneins über den UN-Migrationspakt“

- 1 „Jeder dritte Befragte (33,3 Prozent) ist dafür, dass Deutschland dem UN-Migrationspakt beitrifft. Ein weiteres Drittel (33,9 Prozent) ist dagegen. Und ein weiteres Drittel (33 Prozent) kann oder will das nicht beurteilen. Die relative Mehrheit der Westdeutschen (31,4 Prozent) ist dafür, den UN-Migrationspakt abzulehnen, in Ostdeutschland sind es sogar 39,7 Prozent. Am größten ist die
- 5 Ablehnung in Sachsen (46,8 Prozent) und in Thüringen (45,9 Prozent).“<sup>11</sup>

## **M3** Stellungnahmen

### **MISEREOR-Geschäftsführer Martin Bröckelmann-Simon zur Debatte um Migration**

- 1 (Berlin, Aachen, 7. November 2018) Im Vorfeld der Bundestagsdebatte zum UN-Migrationspakt an diesem Donnerstag mahnt MISEREOR-Geschäftsführer Martin Bröckelmann-Simon einen sachlichen Umgang mit menschlicher Mobilität an und fordert, den Schutz der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen:
- 5 „Weltweit erleben wir, wie auf viele globale Herausforderungen, darunter auch Migration, mit einem Rückfall in Nationalismus reagiert wird. Die aufgeheizte Debatte, die momentan angesichts der bevorstehenden Unterzeichnung des ‚Global Compact for Migration‘ von manchen geführt wird, zielt genau auf das Gegenteil dessen, was die Kritiker selbst anmahnen, nämlich international mehr Sicherheit beim Umgang mit dem Thema Migration zu erreichen. Der ‚Global Compact for Migration‘ bietet eine Chance, gemeinsame Leitlinien für den Umgang
- 10 mit Migration zu beschließen und das Thema Migration international auf der Agenda zu halten. Diejenigen Staaten, die vorab aus dem Prozess aussteigen, weil sie angeblich ihre nationale Souveränität bedroht sehen, sorgen gerade so für weiter andauernde Unsicherheit und Uneinigkeit. Migration werden sie damit jedenfalls nicht verhindern, dafür aber Fremdenfeindlichkeit weiter anheizen.
- 15 Der UN-Migrationspakt ist das Ergebnis vieler Kompromisse und für die Unterzeichner nicht bindend. Wir hätten uns dagegen ein völkerrechtlich verbindliches Dokument gewünscht. Aber zumindest werden darin insgesamt 23 Ziele formuliert, die erstmalig einen Orientierungsrahmen auf globaler Ebene für einen abgestimmten Umgang mit menschlicher Mobilität bieten und längerfristig endlich verbindliche Standards für den Umgang mit Migration und Migranten
- 20 setzen können. Migration als weltweites Phänomen, bei dem immer mehrere Länder Akteure und zugleich Betroffene sind, kann nicht von einzelnen Staaten alleine gelöst werden. Die internationale Gemeinschaft muss deshalb die Verantwortung teilen.
- Es ist doch keine Frage, ob es auch künftig Migration geben wird. Sondern fraglich ist nur, unter welchen Umständen diese stattfindet. Migrantinnen und Migranten werden je nach
- 25 Aufnahmeland bzw. Transitland sehr unterschiedlich behandelt. Sie erfahren oft schwere Menschenrechtsverletzungen, werden etwa ohne rechtsstaatliche Prozesse in der Wüste ausgesetzt oder pauschal kriminalisiert. Der Schutz der Menschen muss deshalb aus unserer Sicht im Mittelpunkt stehen. Zumindest ist es zu begrüßen, dass die Vereinten Nationen mit dem Migrationspakt Bewusstsein für die Schutzwürdigkeit und die Rechte von Migrantinnen
- 30 und Migranten schaffen. Die Erarbeitung des Paktes hat schließlich die gesamte UN-Vollversammlung beschlossen – er fällt also keinesfalls plötzlich vom Himmel. Deutschland muss sich nun massiv für seine Unterzeichnung einsetzen.“

Mit freundlicher Genehmigung von MISEROR, online abrufbar: <https://www.misereor.de/presse/pressemeldungen-misereor/un-migrationspakt-als-chance-sehen/> (Zugriff 11/2018)

<sup>11</sup> Umfrage der Cicero-Redaktion, Die Deutschen sind uneins über den UN-Migrationspakt  
Cicero, online abrufbar: <https://www.cicero.de/innenpolitik/un-migrationspakt-bundesregierung-afd-einwanderung> (13.11.2018)

1 **Stellungnahme des emeritierten Hamburger Rechtsprofessor Reinhard Merkel ein Glanzstück<sup>12</sup>**

„[...] Die Vereinbarung (wird) ganz sicher völkerrechtliche Wirkungen haben. [...]“ Merkel fragt sich, warum eine Vereinbarung werde, wenn diese keinerlei Wirkung haben werde.

„[...] Vereinbart werden Ziele. [...] wie diese Ziele umgesetzt werden, bleibt Sache der Staaten.

- 5 Dass sie umzusetzen sind, wird vereinbart – und zwar wirklich rechtlich verbindlich. [...] Das ist sozusagen die suggestive Irreführung, die ich derzeit erlebe [...] von Seiten der Regierung [...]"

Es seien „[...] sehr vernünftige Ziele [...] drin, das bestimmte Rechte den Migranten garantiert werden [...] und andere Dinge [...]. Das alles ist richtig, das ist geltendes Recht, aber man

- 10 muss die Langzeitwirkung [...] in den Blick nehmen [...]"

Merkel meint, die Sogwirkung werde zunehmen, die Migranten würden einen Anreiz sehen, ihr Land zu verlassen. Zudem werde die Migration aus Afrika in den nächsten stark zunehmen, der Migrationspakt werde eine wichtige Rolle im Umgang mit Migranten spielen. Er ist der Meinung, man sollte mit der naiven Haltung aufhören, man müsse sich der Problematik bewusst werden,

- 15 es werde für Deutschland soziale Nebenfolgen haben: „Der Pakt tut so, als kämen [...] legal nur Migranten, die hier problemlos in der Gesellschaft ihren Platz finden können. Das ist nicht der Fall. (...) Wir werden hochproblematische soziale Reibungssituationen kriegen. Das wäre ein eigenes Thema.“

**Rainer Breul Sprecher des Auswärtigen Amtes:**

„Der Pakt formuliert Ziele. Wie diese Ziele umgesetzt werden, insbesondere dann, wenn es darum geht auch zur Bekämpfung illegaler Migration Möglichkeiten für legale Migration zu schaffen, das bleibt den Mitgliedstaaten offen. [...]“<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Podcast des Deutschlandfunks, Wiedergabe der Meinung des emeritierten Hamburger Rechtsprofessor Reinhard Merkel ein Glanzstück, ab Minute 11`10``, abrufbar unter [https://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2018/11/08/081118\\_trump\\_flippt\\_aus\\_dlf\\_20181108\\_1700\\_d2bd2aee.mp3?fbclid=IwAR2Q2IuuiTFVUhEaVzV4XCrH-yAv0S-Rh20V4qwrejhdIPzkwmPvtI3fEQ](https://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2018/11/08/081118_trump_flippt_aus_dlf_20181108_1700_d2bd2aee.mp3?fbclid=IwAR2Q2IuuiTFVUhEaVzV4XCrH-yAv0S-Rh20V4qwrejhdIPzkwmPvtI3fEQ)

<sup>13</sup> 2.11.2018, ZDF, <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/streit-um-un-migrationspakt-100.html>